

Die Mauer der Restriktion fossiler Treibstoffe beginnt zu brechen

geschrieben von Chris Frey | 8. Dezember 2021

[Francis Menton, MANHATTAN CONTRARIAN](#)

Vor einigen Jahrzehnten oder so begannen die reichen Teile der Welt mit einem Programm zur Ersetzung von Energie aus fossilen Brennstoffen (Kohle, Öl, Erdgas) durch Energie aus intermittierenden „erneuerbaren Energien“ (hauptsächlich Wind und Sonne). In trendigen akademischen, journalistischen und anderen fortschrittlichen Kreisen setzte sich die Idee durch, dass dies der Weg zur „Rettung des Planeten“ sei. Dieses Programm wurde in Angriff genommen, ohne dass eine detaillierte technische Studie darüber durchgeführt wurde, wie oder ob es tatsächlich funktionieren könnte, oder wie viel es kosten würde, es vollständig umzusetzen. In den trendigen Kreisen herrschte blindes Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, durch die Bereitstellung von Steuergeldern alle Innovationen zu finanzieren, die erforderlich sind, um uns auf dem Weg zu dieser Energie-Utopie voranzubringen.

Der jüngste von den Vereinten Nationen organisierte Versuch, das Programm für erneuerbare Energien, bekannt als COP 26, umzusetzen, ist gerade zu Ende gegangen. Wenn man den Worten Glauben schenken darf, die aus der Angelegenheit hervorgehen, ist alles auf dem richtigen Weg, wenn auch etwas langsamer als erhofft.

Aber ich habe schon seit langem vorausgesagt, dass dieses Programm enden würde, wenn (abgesehen von irgendeiner wundersamen Innovation, die noch niemand erdacht hat) die Nutzung der erneuerbaren Energien so weit fortgeschritten ist, dass ihre Kosten und ihre Untauglichkeit nicht länger gedeckt werden können. Bis vor kurzem konnte der Druck des elitären Gruppendenkens eine geschlossene Front von Lippenbekenntnissen zu dieser Sache aufrechterhalten. Doch betrachten wir einige Entwicklungen der letzten Wochen, gerade seit dem Ende der COP 26:

Japan

Japan neigt dazu, sich in internationalen Angelegenheiten bedeckt zu halten, und hat auf der COP 26 die Kommuniqués der „Happy Talk“-Gruppe [unterzeichnet](#), ohne besondere Fragen aufzuwerfen. Aber es lässt sich nicht umgehen, dass Japan die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt hat – nach den USA und China und größer als jedes europäische Land -, so dass seine energiepolitischen Maßnahmen von Natur aus von Bedeutung sind. Außerdem verfügt Japan nur über eine relativ geringe eigene Energieproduktion, ist in hohem Maße von Importen abhängig, hat harte Winter und sieht sich einer wachsenden militärischen und wirtschaftlichen Bedrohung durch China ausgesetzt, die direkt vor der

Haustür liegt. Will Japan wirklich sein Schicksal der unstillen Wind- und Solarenergie anvertrauen?

Am 1. Dezember [berichtete](#) Bloomberg: „Japan setzt auch nach den COP26-Klimagesprächen auf Öl und Gas“. Es hat den Anschein, dass dieses recht bedeutende Land den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen ernsthaft überdenkt. Auszug:

Regierungsbeamte drängen Handelshäuser, Raffinerien und Versorgungsunternehmen in aller Stille dazu, ihre Anstrengungen sich von fossilen Brennstoffen zu verabschieden zu verlangsamen, und ermutigen sogar zu neuen Investitionen in Öl- und Gasprojekte, so Personen aus der japanischen Regierung und Industrie, die um Anonymität baten, da die Gespräche privat sind.

Was treibt Japan dazu, aus dem weltweiten Gruppendenken auszubrechen? Dem Bloomberg-Artikel zufolge ist der Hauptgrund die Sicherheit der Energieversorgung – die Wind- und Sonnenenergie offensichtlich nicht bieten können:

*Die Beamten sind besorgt über die langfristige Versorgung mit traditionellen Brennstoffen, da die Welt verstärkt auf erneuerbare Energien setzt, hieß es. Das von Importen abhängige Land möchte einen möglichen Brennstoffmangel in diesem Winter sowie bei künftigen Kälteeinbrüchen vermeiden, nachdem ein Defizit im letzten Jahr zu Befürchtungen über landesweite Stromausfälle geführt hatte. . . . Japans Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie lehnte es ab, sich direkt dazu zu äußern, ob es die Industrie dazu ermutigt, ihre Investitionen in die Upstream (gemeint sind fossile) Energieversorgung zu erhöhen, und verwies stattdessen auf einen strategischen Energieplan, den das Kabinett von Premierminister Fumio Kishida am 22. Oktober verabschiedet hatte. **Dieser Plan besagt, dass „kein Kompromiss akzeptabel ist, welcher die Energiesicherheit aufs Spiel setzt, und dass es die Pflicht einer Nation ist, weiterhin die notwendigen Ressourcen zu sichern.“***

(Hervorhebung hinzugefügt vom Autor.). Nun, wenn „kein Kompromiss akzeptabel ist“ in Bezug auf die „Energiesicherheit“, dann schließt das die grundsätzliche Abhängigkeit von Wind- und Solarenergie für die Stromversorgung der japanischen Wirtschaft ziemlich aus, zumindest solange, bis ein paar magische neue Erfindungen auftauchen.

USA

In den USA haben die Republikaner nur sehr allmählich begriffen, dass die Beschränkung der Nutzung fossiler Brennstoffe im Namen des „Klimas“ zu einer politischen Belastung für die Demokraten wird. Bisher gab es zwar einige Politiker, die bereit waren, sich gegen solche Beschränkungen auszusprechen, aber es wurden kaum konkrete Schritte dagegen unternommen. In der Zwischenzeit treibt die Regierung Biden die Initiativen der Börsenaufsichtsbehörde, des Finanzministeriums und der

Federal Reserve weiter voran, um Banken und andere Finanzinstitute unter Druck zu setzen, ihre Beteiligung an der fossilen Brennstoffindustrie zu reduzieren.

Dies ist also eine wichtige Entwicklung: Am 22. November schickte eine Koalition staatlicher Finanzbeamter einen Brief an große Finanzinstitute, in dem sie damit drohten, die Beziehungen – einschließlich der Einlagen von Staats- und Pensionsfonds – mit Instituten zu beenden, die die Finanzierung der Kohle-, Öl- und Erdgasindustrie einstellen. National Review berichtet in einem [Artikel](#) vom 22. November mit der Überschrift [übersetzt] „Fünfzehn Staaten reagieren auf den ‚aufgeweckten Kapitalismus‘ und drohen damit, Banken, die sich weigern, die Kohle- und Ölindustrie zu bedienen, den Geldhahn zuzudrehen“. Auszug:

Eine Koalition von Finanzbeamten aus 15 Bundesstaaten hat am Montag einen Brief an das US-Bankwesen geschickt, in dem sie davor warnt, „kollektive Maßnahmen“ gegen Banken zu ergreifen, die eine Unternehmenspolitik verfolgen, die die Finanzierung der Kohle-, Öl- und Erdgasindustrie unterbindet. . . . In dem Schreiben werden die Finanzinstitute, die „eine Politik verfolgen, die darauf abzielt, einen großen Teil der Einnahmen unserer Bundesstaaten zu schmälern“, gewarnt und erklärt, dass die Banken „in einem erheblichen Interessenkonflikt stehen, wenn sie diese Gelder halten oder verwalten.“

Dem NR-Artikel zufolge haben unter anderem die Finanzminister von West Virginia, Arizona, Arkansas, Idaho, Louisiana, Missouri, Nebraska, North Dakota, South Carolina, South Dakota, Utah, Wyoming, Alabama, Texas und Kentucky den Brief unterschrieben. Zu den Empfängern des Schreibens gehören JPMorgan Chase, Bank of America, Wells Fargo, Citigroup und Goldman Sachs. Zusammen mit den eigenen Konten der Bundesstaaten und ihren Pensionsfonds würden sich die fraglichen Beträge auf mehrere hundert Milliarden Dollar, wenn nicht sogar auf eine Billion belaufen.

Inzwischen in Europa ...

Ein weiterer Bloomberg-Artikel, diesmal vom 28. November, beschreibt das Gefühl des drohenden Unheils, das über Europa schwebt, angesichts der Kombination aus geringen Erdgasvorräten, Preisspitzen und der völligen Unfähigkeit, den ausufernden und im Grunde nutzlosen Wind- und Solargeneratoren dazu zu bringen, noch mehr Energie zu erzeugen. Die [Schlagzeile](#) lautet [übersetzt]: „Europas Energiekrise wird sich mit dem Wintereinbruch verschärfen“. Auszug:

Die Situation ist bereits so früh in der Wintersaison so schlimm, weil die Erdgaspreise rasant gestiegen sind. Die Vorräte an diesem Brennstoff, der zum Heizen von Häusern und zur Stromerzeugung verwendet wird, sind niedriger als üblich und werden schnell aufgebraucht. Analysten haben davor gewarnt, dass die Gasvorräte in diesem Winter auf Null sinken könnten, wenn das kalte Wetter die Nachfrage ankurbelt.

Stromausfälle sind möglich, warnte Jeremy Weir, Vorstandsvorsitzender der Trafigura Group, einem Schweizer Rohstoffhandelshaus, am 16. November.

Und dann ist da noch dieser Kommentar:

„Wenn es in Europa kalt wird, wird es keine einfache Lösung für die Versorgung geben, sondern es bedarf einer Lösung des Nachfrage-Problems“, sagte Adam Lewis, Partner beim Handelshaus Hartree Partners LP.

Ich denke, dass eine „Nachfrage-Lösung“ eine Kombination aus Stromausfällen oder absichtlichen Stromabschaltungen bedeutet, bei denen man die Menschen wohl frieren lässt. Die von Lewis erwähnte „Angebotslösung“ wäre die Zulassung von Fracking in den ausgedehnten Schieferformationen unter Westeuropa. Ein solches Fracking ist derzeit verboten. Selbst wenn diese Verbote heute aufgehoben würden, käme das für diesen Winter viel zu spät.

Die Vorhersage des Datums, an dem die Europäer aus ihrer **lächerlichen Energie-Torheit** aufwachen werden, ist in etwa so, als würde man das Datum des Untergangs der Regimes in Nordkorea oder Venezuela vorhersagen.

[Hervorhebungen vom Übersetzer]

Der ganze Beitrag steht [hier](#).

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2021/12/05/fossil-fuel-restriction-dam-starting-to-break/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE